



Regierungsrat des Kantons Uri

Auszug aus dem Protokoll

10. September 2019

Nr. 2019-545 R-151-13 Postulat Céline Huber, Altdorf, zur Stärkung der politischen Bildung im Lehrplan 21; Antwort des Regierungsrats

I. Ausgangslage

Am 19. Juni 2019 reichte Landrätin Céline Huber, Altdorf, zusammen mit Zweitunterzeichnerin Bernadette Arnold, Bürglen, ein Postulat zur Stärkung der politischen Bildung im Lehrplan 21 ein. Darin ersuchen sie den Regierungsrat, dem Erziehungsrat den Inhalt dieses Postulats zu übermitteln, mit dem Auftrag, das Fach «Politische Bildung» seiner Bedeutung entsprechend verbindlich in den Lehrplan 21 aufzunehmen. Über die konkrete Umsetzung dieses Anliegens sei dem Landrat Bericht zu erstatten.

Zur Begründung des Vorstosses machen sie unter anderem geltend, im Lehrplan 21 fehle der verbindliche Auftrag, sich mit den Mechanismen der Schweizer Demokratie, der politischen Meinungsbildung, dem Verhältnis Staat und Wirtschaft sowie der Siedlungsraumgestaltung umfassend auseinanderzusetzen. Es sei jeder Lehrkraft selbst überlassen, wo sie ihre Schwerpunkte bei der «Politischen Bildung» letztendlich setze. In Berücksichtigung allfällig negativer Konsequenzen aus fehlender politischer Bildung soll deshalb die Einführung eines eigenständigen Fachs geprüft werden.

II. Antwort des Regierungsrats

1. Vorbemerkung

Der Regierungsrat hat dem Erziehungsrat das Postulat zur Stärkung der politischen Bildung im Lehrplan 21 umgehend zur Bearbeitung und Antragstellung überwiesen. Erziehungsrat und Regierungsrat sind einhellig der Meinung, dass das Funktionieren der demokratischen Strukturen im Kanton Uri auf informierte, interessierte und aktive Bürgerinnen und Bürger angewiesen ist. Für die Gesellschaft ist es daher von existenzieller Bedeutung, dass das Interesse an politischen Fragestellungen und Prozessen geweckt, dass die aktive Beteiligung angeregt und unterstützt wird und dass die notwendigen Grundlagen vermittelt werden. Hier hat der obligatorische Schulunterricht eine grosse Bedeutung. Werden Kinder und Jugendliche frühzeitig motiviert und interessiert, lässt sich die künftige Beteiligung fürs Gemeinwesen im Erwachsenenalter fördern.

Die Geschichte der Entwicklung der Politischen Bildung in der Schweiz spiegelt denn auch ebenso die

föderalistische Struktur des Lands wie kulturelle Unterschiede entlang sprachlicher Grenzen. Seit Mitte des 19. Jahrhunderts erlangte die Schweizer Volksschule grosse Bedeutung, weil für den Aufbau des Nationalstaats gebildete (zunächst vor allem männliche) Bürger nötig waren. Über die schulische Vermittlung bestimmter Wissensinhalte und Wertvorstellungen konnten die Kinder und Jugendlichen auf ein bestimmtes Staatsverständnis und auf erwünschte Verhaltensweisen hin gebildet und diszipliniert werden. Mit Blick auf die kantonalen Lehrpläne der vergangenen Jahrzehnte zeigt sich, dass Politische Bildung stets sehr heterogen präsent war, heute indes in der Deutschschweiz ein fächerübergreifender Unterrichtsgegenstand ist.

In den nachfolgenden drei Abschnitten (Politische Bildung in der Volksschule, Politische Bildung im ausserschulischen Bereich, Folgerungen für die Volksschule) nun wird die Haltung des Erziehungsrats zum Thema Politische Bildung und Lehrplan 21 geschildert; diese Haltung steht in allen wesentlichen Teilen im Einklang mit der Position des Regierungsrats.

2. Politische Bildung in der Volksschule

Mit der Inkraftsetzung des aktuellen Lehrplans, der Studentafel sowie den obligatorisch zu verwendenden Lehrmitteln nimmt der Erziehungsrat des Kantons Uri seinen Auftrag zur Wahrung der kantonalen Bildungshoheit in der Volksschule wahr. Mit dem Projekt Lehrplan 21 wurde in der deutschsprachigen Schweiz durch die Schweizerische Konferenz der kantonalen Erziehungsdirektoren (EDK) erfolgreich ein Schritt in Richtung Harmonisierung der Volksschule gemacht. Gleichzeitig wurden auch der Fächerkanon sowie das Lehr- und Lernverständnis angepasst. Die zur breiten Vernehmlassung vorgelegte und verabschiedete Version des in Kraft gesetzten Lehrplans definiert kein eigenständiges Fach «Politische Bildung». Stattdessen wurden diesbezüglich zu erwerbende Kompetenzen auf verschiedene Fächer verteilt sowie in den übergeordneten Bereich «Bildung für Nachhaltige Entwicklung» (BNE) eingearbeitet.

2.1 Fächer/Fachbereiche

Die für das Thema Politische Bildung relevanten Fächer sind: Natur, Mensch, Gesellschaft (NMG) in der Primarstufe (1. und 2. Zyklus) sowie Räume, Zeiten, Gesellschaften (RZG, umfasst Geschichte und Geografie) in der Sekundarstufe I (3. Zyklus).

Die mit Bezug auf die Politische Bildung konkret aufzubauenden Kompetenzen sind auf der Primarstufe:

- Die Schülerinnen und Schüler können auf andere eingehen und Gemeinschaft mitgestalten.
- Die Schülerinnen und Schüler können grundlegende Funktionen öffentlicher Institutionen verstehen.
- Die Schülerinnen und Schüler können das Verhältnis von Macht und Recht in Gegenwart und Vergangenheit verstehen.
- Die Schülerinnen und Schüler können eigene Anliegen einbringen sowie politische Prozesse erkennen.

Diese Kompetenzen sind im Bereich «Gemeinschaft und Gesellschaft - Zusammenleben gestalten und

sich engagieren» im NMG-Lehrplan aufgeführt.

Auf der Sekundarstufe I wird die Politische Bildung eigens in einem speziellen Themenbereich aufgeführt, und zwar mit drei Kompetenzen aus dem Bereich «Demokratie und Menschenrechte»:

- Die Schülerinnen und Schüler können die Schweizer Demokratie erklären und mit anderen Systemen vergleichen.
- Die Schülerinnen und Schüler können die Entwicklung, Bedeutung und Bedrohung der Menschenrechte erklären.
- Die Schülerinnen und Schüler können die Positionierung der Schweiz in Europa und der Welt wahrnehmen und beurteilen.

Räume, Zeiten, Gesellschaften (RZG) umfasst in Uri in den drei Jahren der Sekundarstufe I insgesamt acht Lektionen. Damit wird die Bearbeitung der verschiedenen Themen sichergestellt. Zudem hat der Kanton Uri bzw. hat der Erziehungsrat im Rahmen der Lehrplanentwicklung einige Spezifikationen beschlossen. Der NMG-Bereich «Geschichte und Geschichten» wurde erweitert um das verbindlich zu unterrichtende Thema «Wilhelm Tell»; im Fachbereich RZG («Geschichte: Politische Bildung» und «Geografie: Mobilität und Transport») wurden zwei verbindliche kantonsspezifische Inhalte definiert: zum einen Korporation, zum anderen Reusstal als Verkehrsachse, Gotthard. Eine vielfältige Auseinandersetzung mit dem Gotthard (Geschichte des Gotthards; Gotthardpass; Gotthardtunnel; Neat; Urner Reusstal als Verkehrsachse mit Autobahn und Eisenbahn) soll im Rahmen der Volksschulzeit stattfinden. Zu den kantonsspezifischen Erweiterungen wird ein webbasiertes Lehrmittel entwickelt. Die beiden ersten Teile, «Wilhelm Tell» sowie «Korporationen», sind bereits online verfügbar; der dritte Teil «Verkehr/Gotthard» ist derzeit in Entwicklung.

Beispielhaft sind im RZG-Bereich «Geschichte: Politische Bildung» die Kompetenzstufen aus der Kompetenz «Die Schülerinnen und Schüler können die Schweizer Demokratie erklären und mit anderen Systemen vergleichen». Konkret:

Die Schülerinnen und Schüler

- a. können darlegen, wie Demokratie entstanden ist, wie sie sich weiterentwickelt hat und sich von anderen Regierungsformen unterscheidet;
- b. können die drei Gewalten auf Gemeinde-, Kantons- und Bundesebene unterscheiden und aufzeigen, welche Aufgaben sie lösen;
- c. können wichtige Besonderheiten der Schweizer Demokratie sowie die daraus resultierenden Rechte und Pflichten erklären. Die verbindlichen Inhalte Föderalismus, Volk, Gemeinde, direkte Demokratie, Initiative, Referendum, Parteien und Verbände sind durch die Korporation als Besonderheit der Urner Demokratie im Lehrplan ergänzt;
- d. können zu aktuellen Problemen und Kontroversen Stellung beziehen, dabei persönliche Erfahrungen im schulischen und ausserschulischen Alltag einbeziehen und die Positionen begründen (z. B. Verhältnis von Staat und Wirtschaft, Siedlungsraumgestaltung).

Daneben sind im Bereich «Geografie: Mobilität und Transport» folgende Kompetenzstufen definiert:

Die Schülerinnen und Schüler

- a. können an Beispielen aus der Schweiz und im weltweiten Kontext die Entwicklung des Transports von Personen und Gütern sowie die Entwicklung der Nachrichtentechnik analysieren. Hier wird im Kanton Uri als verbindlicher Inhalt das Reusstal als Verkehrsachse (Autobahn, Eisenbahn) aufgeführt;
- b. können die Auswirkungen von Transport und Mobilität auf Mensch, Umwelt und Raumstrukturen untersuchen und benennen. Als kantonsspezifische Ergänzung ist der Gotthardpass, -tunnel und die Neat verbindlich zu behandeln;
- c. kennen Kriterien für ein nachhaltiges und sicheres Mobilitätsverhalten und können diese für die Reflexion des eigenen Mobilitätsverhaltens anwenden.

2.2 Übergeordneter Bereich BNE

Der für Politische Bildung gleichermaßen relevante übergeordnete Bereich «Bildung für Nachhaltige Entwicklung» (BNE) beinhaltet die Zielvorstellung, dass für die Befriedigung der materiellen und immateriellen Grundbedürfnisse aller Menschen heute und in Zukunft eine solidarische Gesellschaft und wirtschaftliches Wohlergehen notwendig sind. Zur Umsetzung dieser Idee bedarf es vielfältiger politischer, ökonomischer, ökologischer, sozialer und kultureller Entwicklungen. Gerechtigkeit, politische Teilhabe und die Erhaltung der natürlichen Lebensgrundlagen sind wesentliche Bedingungen einer nachhaltigen Entwicklung. Demzufolge geht es im Lehrplan BNE darum, gesellschaftliches Zusammenleben zu gestalten und sich in der Gemeinschaft zu engagieren. Dabei befassen sich die Schülerinnen und Schüler mit unterschiedlichen Gesellschaftsformen, Traditionen und Weltansichten, diskutieren deren Entstehung und Wandel und lernen historische, gesellschaftliche und politische Zusammenhänge zu verstehen. Weiter setzen sie sich mit politischen Prozessen auseinander, lernen die Grundelemente der Demokratie zu verstehen und befassen sich mit den Menschenrechten und deren Bedeutung. Die Schülerinnen und Schüler lernen darüber hinaus, sich eine eigene Meinung zu bilden und setzen sich mit der Mitwirkung in der schulischen Gemeinschaft auseinander. In allen drei Zyklen ist «Politik, Demokratie und Menschenrechte» im Lehrplan 21 für den Kanton Uri eines von sieben fächerübergreifenden Themen von BNE. Damit sind die Lehrpersonen verpflichtet, den Themenbereich «Politik, Demokratie und Menschenrechte» als fächerübergreifenden Unterrichtsgegenstand im Zusammenhang mit fachbereichsspezifischen Inhalten wiederholt aufzugreifen. Einzelne Kompetenzen sind in den Fachbereichen Natur, Mensch, Gesellschaft (NMG) sowie Räume, Zeiten und Gesellschaften (RZG) eingearbeitet (siehe oben). Weitere Kompetenzen fanden Eingang in die Fachbereiche Deutsch, Lebenskunde und Musik.

Ein Teilbereich des Fachs Lebenskunde ist «Ethik, Religionen, Gemeinschaft» (ERG). Kompetenzen mit Bezug zur Politischen Bildung sind in diesem Bereich: ERG.1 «Existenzielle Grunderfahrungen reflektieren» und ERG.2 «Werte und Normen klären und Entscheidungen verantworten». Um diese Kompetenzen vermitteln zu können, hat der Erziehungsrat mehrere Aufgabensets erstellen lassen, die nun den Urner Schulen online zur Verfügung stehen.

3. Politische Bildung im ausserschulischen Bereich

Die Vermittlung von Kompetenzen in der Politischen Bildung liegt freilich nicht allein im Verantwor-

tungsbereich der Volksschule. Im ausserschulischen Bereich unterstützt der Kanton denn auch zahlreiche Projekte und Initiativen, welche die Auseinandersetzung von Jugendlichen und jungen Erwachsenen mit der Politik und dem Milizsystem fördern. Beispiele sind unter anderem die vom Jugendrat Uri organisierten Polit Touren im Berufs- und Weiterbildungszentrum Uri (bwz uri) und an der Kantonalen Mittelschule Uri, die finanziell vom Kanton unterstützt werden und junge Erwachsene direkt mit bereits politisch aktiven Jungpolitikerinnen und -politikern zusammenbringen. Das alle zwei Jahre stattfindende kantonale Jugendparlament wird sowohl finanziell als auch administrativ vom Kanton unterstützt. Im Jugendparlament haben Kinder und Jugendliche die Möglichkeit, direkte politische Erfahrung zu gewinnen, indem sie über Projektbeiträge und Petitionen an den Regierungsrat entscheiden können. Der Kanton unterstützte zudem den Aufbau der Internetseite www.politcast-uri.ch, wo Podcasts zum Download verfügbar sind. In den Podcasts bereiten junge Urnerinnen und Urner aktuelle politische Themen für ein junges Publikum auf. Mit einem finanziellen Beitrag ermöglichte der Kanton im Weiteren das Projekt Politcast@School: Das von Politcast Uri geschaffene Lehrmittel vermittelt in wenigen Lektionen die Grundlagen, wie eine Diskussionsendung produziert wird. Im Rahmen der Kinder- und Jugendförderung wurden bisher weitere Partizipationsprojekte unterstützt, die Kindern und Jugendlichen die Möglichkeit geben, sich innerhalb ihrer Gemeinde zu engagieren. Unter anderem erhielten der JugendMitWirkungstag in Altdorf und das Kinderparlament in Schattdorf Unterstützungsbeiträge. Das alles zeigt: Der Kanton ist sich der Relevanz der Förderung der politischen Bildung auch im ausserschulischen Bereich bewusst und wird deshalb auch in Zukunft entsprechende Projekte fördern.

4. Folgerungen für die Volksschule

Der Lehrplan 21 umfasst für den Kanton Uri die relevanten Inhalte Politischer Bildung (und dementsprechend Demokratiebildung) in allen drei Zyklen; diese Inhalte sind für die Lehrpersonen verbindlich. Die Ziele und die Inhalte unterscheiden sich hinsichtlich des Alters der Lernenden. In den Zyklen 1 und 2 ist die politische Bildung Teil des Sachunterrichts und darauf ausgerichtet, dass die Kinder lernen, verträglich miteinander umzugehen, die Gemeinschaft mitzugestalten und sich eine eigene Meinung zu bilden. Im Zyklus 3 findet im Rahmen des Fachbereichs RZG eine Einführung in politische Systeme und Demokratiekonzepte statt, in die schweizerische Demokratie, aber auch die Sensibilisierung für Rechte und Pflichten, insbesondere für Verfassungs- und Menschenrechte, und die Positionierung der Schweiz in Europa. Auf der Sekundarstufe I geht es demzufolge um eine Systematisierung der politischen Bildung, um Wissen, Verstehen und Urteilsbildung. Bei Kindern und Jugendlichen im Volksschulalter steht somit die Vermittlung von Grundlagen für das gemeinschaftliche Zusammenleben im Vordergrund. Die politischen Abläufe, an denen sich die Schülerin oder der Schüler beteiligen kann (beispielsweise Wahlen oder Abstimmungen), liegen zeitlich relativ weit weg und interessieren daher tendenziell noch wenig, weil sie nicht im direkten Erfahrungsbereich liegen. Die Vermittlung der spezifischen Instrumente der schweizerischen Politik ist deshalb nicht primäre Aufgabe der Volksschule, sondern der Sekundarstufe II. Alles das bedeutet: Die Rahmenbedingungen für das Unterrichten politischer Themen sind in den Urner Schulen auf Basis des Lehrplans 21 umfassend gegeben. Die Schaffung eines eigenen Fachs «Politische Bildung» ist in der Volksschule weder erforderlich noch zielführend. Die Lehrpersonen aller Stufen und insbesondere die Schulleitungen sind indes darauf zu sensibilisieren, den politischen Themen als Grundlage für das Zusammenleben in unserer Demokratie die nötige Beachtung zu schenken. Dazu sind verschiedene Mittel denkbar wie beispielsweise spezifische Angebote der Lehrerinnen- und Lehrerweiterbildung, eine Handreichung für die

Stoffverteilung oder Sensibilisierungsveranstaltungen für Schulleitende.

5. Haltung des Regierungsrats

Im Einklang mit der Haltung des Erziehungsrats ist der Regierungsrat der Ansicht, dass die Schaffung eines eigenständigen Fachs «Politische Bildung» nicht erforderlich ist; der Urner Lehrplan 21 legt die verbindlichen Inhalte aus dem Themenbereich auf allen Stufen fest und legt damit die Grundlage, dass die Politische Bildung in der Volksschule angemessen und wirksam behandelt wird. Gleichzeitig ist der Regierungsrat der Ansicht, dass mit der vorliegenden Antwort der vom Postulat geforderte Bericht an den Landrat bereits vorliegt.

III. Empfehlung des Regierungsrats

Gestützt auf die vorangegangenen Ausführungen empfiehlt der Regierungsrat dem Landrat, das Postulat zu überweisen und es gleichzeitig als materiell erledigt abzuschreiben.

Mitteilung an Mitglieder des Landrats (mit Postulatstext); Mitglieder des Regierungsrats; Erziehungsrat; Rathauspresse; Standeskanzlei; Amt für Volksschulen; Direktionssekretariat Bildungs- und Kulturdirektion und Bildungs- und Kulturdirektion.

Im Auftrag des Regierungsrats

Standeskanzlei Uri

Der Kanzleidirektor

